

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/043(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 18.01.2007	Ratssaal	14:00Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 41.(IV)/42.(IV). Sitzung vom 07.12./11.12.06
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

- 5 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 (4) GO LSA zur Förderung des Hatsuun Jindo Karate-Club Magdeburg e.V. aus städtischen Eigenmitteln
i.V. mit TOP 10.6 - I0001/07
- 5.1 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 (4) GO LSA zur Förderung des Hatsuun Jindo Karate-Club Magdeburg e.V. aus städtischen Eigenmitteln I0001/07
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages DS0552/06
BE: Oberbürgermeister
- 6.2 Wirtschaftsplan 2007 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb DS0474/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 MESSE- und VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT DS0470/06
MAGDEBURG GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2005
BE: Bürgermeister
- 6.4 Besetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH DS0508/06
BE: Bürgermeister
- 6.5 Anbahnung einer Städtepartnerschaft DS0450/06
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.6 Wirtschaftsplan 2007 des EB SSW DS0436/06
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 6.7 Widmung der Gemeindestraße - An der Halberstädter Chaussee (Teilstück) DS0444/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.8 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 478-1 "Am Salbker Wasserturm" DS0479/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 6.9 Schulentwicklungsplan 2007/2008 DS0392/06
 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
 WV v. 09.11.06
 i.V. mit TOP 9.11 - A0214/06
 Nichtöffentliche Sitzung
- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 7.1 Weiterführung PPP-Projekt Schulen - Paket 2 DS0405/06
 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
 WV v. 09.11.06
- 7.2 Weiterführung PPP-Projekt Schulen, Paket 3 DS0406/06
 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
 WV v. 09.11.06
- 8 Einwohnerfragestunde
 Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 9 Anfragen an die Verwaltung
- 10 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 10.1 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05
 Fraktion Die Linkspartei.PDS
 WV v. 04.05.06
- 10.1.1 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/2
 Gesundheits- und Sozialausschuss
- 10.1.2 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/3
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 10.1.3 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/4
 CDU - Fraktion
- 10.1.4 Die Arbeit der ARGE effektivieren S0016/06

10.2	Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 04.05.06	A0073/06
10.2.1	Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen	S0172/06
10.3	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen Interfraktionell WV v. 06.04.06	A0056/06
10.3.1	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen Interfraktionell	A0056/06/1
10.3.2	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen Jugendhilfeausschuss	A0056/06/2
10.3.3	EinBlick ins Rathaus	S0175/06
10.4	Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 07.09.06	A0112/06
10.4.1	Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord	S0204/06
10.5	Bericht der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft 2005 dem Stadtrat vorlegen - Ehrenamt würdigen Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 07.09.06	A0153/06
10.5.1	Bericht der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft 2005 dem Stadtrat vorlegen - Ehrenamt würdigen	S0184/06
10.6	Linksabbieger auf der Lübecker Straße SPD - Fraktion WV v. 07.09.06	A0158/06

10.6.1	Linksabbieger auf der Lübecker Straße	S0189/06
10.7	Einrichtung einer Stabsstelle "Energie" CDU - Fraktion WV v. 07.09.06	A0141/06
10.7.1	Einrichtung einer Stabsstelle "Energie"	S0221/06
10.8	Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Nashville/TN Fraktion BfM WV v. 07.09.06	A0144/06
10.8.1	Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Nashville/TN	S0214/06
10.9	Beseitigung von Müll am Neustädter See Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 12.10.06	A0166/06
10.9.1	Beseitigung von Müll am Neustädter See	S0215/06
10.10	Radweg für die Maxim-Gorki-Straße CDU - Fraktion WV v. 09.11.06	A0184/06
10.10.1	Radweg für die Maxim-Gorki-Straße Fraktion future! - die jugendpartei	A0184/06/1
10.10.2	Radweg für die Maxim-Gorki-Straße	S0240/06
10.11	Weiterführung PPP-Projekt Schulen, Paket 2 und Paket 3 Oberbürgermeister	A0214/06
10.12	Gehwege im Stadtgebiet Neu-Reform Stadträtin Jana Bork, Stadträte Hugo Boeck und Dr. Gerd Zimmer Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0215/06

10.13	Namensgebung Wittenberger Platz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0216/06
10.14	2008 - "Magdeburger Jahr der Kinder" Fraktion future! - die jugendpartei	A0220/06
10.15	Regelmäßige Fortschreibung der Jugendhilfeplanung Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0003/07
10.16	Verfahren zur Bürgerbeteiligung am Haushalt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0001/07
10.17	Veräußerung von Anteilen an die Weihnachtsmarkt GmbH Interfraktionell	A0004/07
10.18	Sozialer Tag 2007 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0002/07
10.18.1	Sozialer Tag 2007 FDP - Fraktion	A0002/07/1
10.19	Anpassung Parkgebührenpflicht in der Innenstadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0005/07
10.20	Nutzung erneuerbarer Energien CDU - Fraktion	A0006/07
10.21	Vorlage von Ausschreibungstexten für Eigenbetriebsleiter CDU - Fraktion	A0007/07
10.22	"Seniorenfreundlicher Service" FDP - Fraktion	A0008/07
10.23	Schilderwald lichten FDP - Fraktion	A0009/07
10.24	Anforderungen des Denkmalschutzes für das Schiffshebewerk CDU-Fraktion	A0012/07
11	Informationsvorlagen	

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 43.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	40	“ – “	“ – “
Maximal anwesend	49	“ – “	“ – “
Entschuldigt	8	“ – “	“ – “

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

Antrag der CDU-Fraktion

A0012/07

Anforderungen des Denkmalschutzes für das Schiffshebewerk

(mit 2/3 Mehrheit beschlossen) als TOP **10.24**

2. Zurückgezogene TOP

Die TOP **10.3.1**

A0056/06/1 – Interfraktionell

EinBlick – Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen

und **TOP 10.6**

A0158/06 – SPD-Fraktion
Linksabbieger auf der Lübecker Straße

werden durch den Einbringer **zurückgezogen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Im Zusammenhang mit der Bestätigung der Tagesordnung nimmt der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning Bezug auf die Beschlussfassung des Stadtrates im Jahr 2005 hinsichtlich der Verpachtung der Bördelandhalle und hinterfragt, wann die in Umsetzung dieser Beschlussfassung erforderliche Entscheidungsgrundlage zur weiteren Verfahrensweise im Stadtrat vorgelegt wird.

Seitens des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper wird informiert, dass die erforderliche Finanzierungszusage bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vorgelegt wurde.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge sagt zu, in Vorbereitung der Februarsitzung des Stadtrates eine Abstimmung mit dem Oberbürgermeister zu dieser Thematik zu führen und zumindest eine entsprechende Information in dieser Sitzung vorzunehmen.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt Bezug auf seine persönliche Erklärung im Rahmen der Behandlung des Antrages A0056/06 - EinBlick – Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen im Stadtrat am 09. 11. 2006 und legt dar, dass seine aufgeworfene Nachfrage zu den Gründen, warum ein im Ausschuss Juhi in diesem Zusammenhang beschlossener Änderungsantrag nicht Bestandteil der Tagesordnung des Stadtrates war, bis zum heutigen Tag nicht beantwortet wurde.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 41.(IV)/42.(IV). Sitzung vom 07.12./11.12.06
-

1. Beschlussprotokoll der 41.(IV) Sitzung vom 07.12.2006

Redaktionelle Änderungen der Fraktion Die Linkspartei.PDS

TOP 5.1. S. 19, letzter Satz

Es ist zu ergänzen:

(... Abstimmungsverfahren **zu den Anträgen A0212/06 und A0208/06.**)

Redaktionelle Änderungen der CDU-Ratsfraktion

Seite 20 TOP 5.2. DS0211/06

Es muss heißen:

Der Stadtrat beschließt **unter Beachtung der mit Stellungnahme S0227/06 zum Antrag A0182/06 vorgelegten veränderten Kostenberechnung ...**

1. Der Stadtrat beschließt die HU-Bau ... mit einem Gesamtkostenumfang von **1.105.600,- €**

Seite 21 TOP 5.3. DS0320/06

Es muss heißen:

Der Stadtrat beschließt **unter Beachtung der mit der Stellungnahme S0222/06 zum Antrag A0183/06 vorgelegten veränderten Kostenberechnung...**

1. Der Stadtrat beschließt die HU-Bau... mit einem Gesamtumfang von **2.267.800 €...**

Im 2. Absatz ist zu korrigieren:

Der **1.** stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke ...

Auf Seite 27, TOP 5.11., DS0408/06

ist zu korrigieren:

Beschluss-Nr. 1251-41(IV)06

Auf Seite 49, TOP 8.5., A0186/06
ist zu korrigieren:

Beschluss-Nr. 1268-41(IV)06

Redaktionelle Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf Seite 18 ist vor dem letzten Absatz folgende **Ergänzung** vorzunehmen

In diesem Zusammenhang wird auf eine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes verwiesen und ein Schreiben vom 06. 12.2006 des Amtes 30 ausgereicht.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 41.(IV) Sitzung des Stadtrates wird einstimmig **bestätigt**.

2. Beschlussprotokoll der 42.(IV) Sitzung vom 11.12.2006

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion

Auf Seite 19, TOP 6.2.6, ist nach dem 4. Absatz von oben
zu ergänzen:

Beschluss-Nr. 1297-42(IV)06

Redaktionelle Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf Seite 3 unten ist folgende Ergänzung vorzunehmen

Die Redezeit für die Stellungnahmen der Fraktionen wird, **wie folgt**, begrenzt:

Fraktion Die Linke.PDS	= 17 Minuten
CDU-Fraktion	= 16 Minuten
SPD-Fraktion	= 14 Minuten
FDP-Fraktion	= 4 Minuten
Fraktion B90/Grüne	= 4 Minuten
Fraktion BfM	= 2 Minuten
Fraktion future!	= 2 Minuten

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 42.(IV) Sitzung des Stadtrates wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 (4) GO
LSA zur Förderung des Hatsuun Jindo Karate-Club Magdeburg
e.V. aus städtischen Eigenmitteln
i.V. mit TOP 10.6 - I0001/07
-

- 5.1. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 (4) GO I0001/07
LSA zur Förderung des Hatsuun Jindo Karate-Club Magdeburg
e.V. aus städtischen Eigenmitteln
-

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx führt erläuternd aus, dass es sich bei der Bereitstellung der städtischen Mittel um eine Co-Finanzierung für die Umsetzung der Maßnahme des Karate-Club zum Umbau des Klubgebäudes handelt. Seitens der Lotto Toto GmbH gibt es das Angebot, im Rahmen des Goldenen Planes hierfür einen Zuschuss von 174.000 Euro zu gewähren. Für den durch die Stadt Magdeburg zu finanzierenden Anteil werden freie Mittel aus dem Programm „Stadtumbau Ost“, welche bisher gesperrt waren, zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden jedoch erst dann wirksam, wenn die Lotto Toto GmbH seine Mittel bereitstellt, so dass der Grundstückserwerb durch den Karate-Club abgewickelt werden kann.

Die Information I0001/07 wird zur Kenntnis genommen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1. 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages DS0552/06
BE: Oberbürgermeister

Auf Grund noch bestehenden Abstimmungsbedarfes der Fraktion Die Linkspartei.PDS erfolgt die Beratung der DS0552/06 nach der Pause.

Stadtrat Heinemann, SPD-Fraktion, zieht seine Namensmeldung zur Teilnahme an der 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages zurück.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge benennt die somit vorliegenden Namensvorschläge für 2 Abgeordnete mit Stimmrecht zur 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:

Stadtrat Ansorge	CDU-Fraktion
Stadtrat Brüning	Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1327-43(IV)07

Der Stadtrat entsendet auf Vorschlag der Fraktionen

die Stadträte Jens Ansorge, CDU-Fraktion, und Hans-Werner Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS für den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg mit Stimmrecht

für die 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 22. Mai bis 24. Mai 2007 in München.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1328-43(IV)06

Auf Vorschlag der Fraktionen werden als Gäste ohne Stimmrecht

die Stadträte	Bernd Reppin CDU-Fraktion Hubert Salzborn, CDU-Fraktion
die Stadträtinnen	Oliver Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS und Regina Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS Jana Bork, Fraktion Die Linkspartei.PDS

zur 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 22. Mai bis 24. Mai 2007 in München.

Zum Hinweis des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal, dass die Entsendung von Gästen ohne Stimmrecht nicht Bestandteil des Beschlussvorschlages ist informiert der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge, dass der *feststellende Beschluss* als Legitimation für die Genehmigung der Dienstreisenaufträge dient.

6.2.	Wirtschaftsplan 2007 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb	DS0474/06
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	

Der Betriebsausschuss SAB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1329-43(IV)07

Der Wirtschaftsplan 2007 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes Magdeburg wird entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:

Im Erfolgsplan mit einem Jahresgewinn in Höhe von 1.779.200 EUR, Erträgen in Höhe von 33.356.400 EUR und Aufwendungen in Höhe von 31.577.200 EUR.

Im Vermögensplan mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 6.548.500 EUR.

Die mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2010 wird zur Kenntnis genommen.

- 6.3. MESSE- und VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT DS0470/06
MAGDEBURG GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2005
BE: Bürgermeister
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1330-43(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2005 der MESSE- und VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT MAGDEBURG GmbH (MVGM) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der MVGM werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2005 mit einer Bilanzsumme von 14.544.206,19 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.079.593,77 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 2.079.593,77 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 6.690.870,77 EUR zu verrechnen und saldierten Verlust in Höhe von 4.611.277,00 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2005 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern, Herrn Manfred Stietzel und Herrn Hartmuth Schreiber, die Entlastung für das Geschäftsjahr 2005 zu erteilen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

- 6.4. Besetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft DS0508/06
Magdeburg mbH
BE: Bürgermeister
-

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker geht in ihren Ausführungen auf bestehende Schwierigkeiten im Rahmen der Betriebsführung des Altenheimes ein und begründet diese. Sie informiert, dass seitens des Betriebsausschusses SSW der Auftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Verbesserung der Betriebsführung des Heimes bereits erteilt wurde.

Gemäß Änderungsantrag DS0436/06/1 der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

Durch die Eigenbetriebsleitung wird bis zur Sommerpause 2007 ein Konzept erarbeitet, wie die Auslastung des Altenpflegeheims "Am Luisengarten" erheblich verbessert werden kann. Das Konzept ist im Betriebsausschuss des EB SSW, im Finanz- und Grundstücksausschuss und im Verwaltungsausschuss vorzustellen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0436/06/1 bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1333-43(IV)07

Der Wirtschaftsplan 2007 des EB SSW wird entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und vom Stadtrat beschlossen:

1. im Bereich des Erfolgsplanes mit Erträgen in Höhe von 22.487.100 € und Aufwendungen in Höhe von 22.444.800 €
2. der Jahresüberschuss im Erfolgsplan 2007 in Höhe von 42.300 € soll durch Vortrag auf neue Rechnungen zum Ausgleich der Vorjahresdefizite genutzt werden
3. im Bereich des Vermögensplanes mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 3.836.800 € davon:
 - a) mit einem Tilgungszuschuss des Aufgabenträgers in Höhe von 154.900 €
 - b) mit einem Fördermittelanteil der Stadt Magdeburg gemäß DS0729/03 gem. § 7 (4) Landesausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz in Höhe von 2.790.000 €
 - c) mit einer geplanten Tilgungszahlung in Höhe von 494.800 €
4. mit dem Höchstbetrag des Kassenkredites von 1.533.800 €

Der Finanzplan und der Investitionsplan 2007 bis 2010 werden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Durch die Eigenbetriebsleitung wird bis zur Sommerpause 2007 ein Konzept erarbeitet, wie die Auslastung des Altenpflegeheims "Am Luisengarten" erheblich verbessert werden kann. Das Konzept ist im Betriebsausschuss des EB SSW, im Finanz- und Grundstücksausschuss und im Verwaltungsausschuss vorzustellen.

6.7. Widmung der Gemeindestraße - An der Halberstädter Chaussee (Teilstück) DS0444/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1334-43(IV)07

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraße An der Halberstädter Chaussee (2 Teilbereiche) zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.8. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 478-1 "Am Salbker Wasserturm" DS0479/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0479/06/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Dr. Schmidt bringt den Änderungsantrag DS0479/06/1 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern begründet zum Änderungsantrag die ablehnende Haltung seiner Fraktion.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Änderungsantrag.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert umfassend für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag.

Gemäß Änderungsantrag DS0479/06/1 des Ausschusses UWE beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Im Beschlussvorschlag der Drucksache ist in Punkt 2 der 2. Satz „Diese öffentliche Grünfläche dient der vorsorglichen Flächenfreihaltung für eine der Varianten der geplanten 3. Elbquerung“ zu streichen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0479/06/1 des Ausschusses UWE bei vielen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1335-43(IV)07

1. Für das Gebiet das umgrenzt wird

im Norden: durch die Nordgrenzen der FST 10093, 10026, 81, 80 der Flur 466;

im Osten: durch den Verlauf der Geländekante, die das FST 7028 der Flur 466 tangiert und die FST 7027, 7026, 7025, 7024, 7022 der Flur 466 sowie die FST 1023, 1024, 1025, 1029 der Flur 476 durchquert, dann auf der Nordgrenze des FST 1050 der Flur 476 nach Westen geführt wird und auf der Ostgrenze der FST 1030, 1049/1, 1049/2 der Flur 476 weiter verläuft;

im Süden: durch die Südgrenze der FST 1049/2, 1068 und 1047 der Flur 476;

im Westen: durch die Ostgrenze der Straße Alt Salbke (Ostgrenze des FST 10237 der Flur 476 und des FST 10097 der Flur 466)

soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Festsetzung von Flächen für die Umnutzung des alten Wasserwerkes um den Salbker Wasserturm zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen, für die Umnutzung der Pachtgärten zur Bebauung mit Einfamilienhäusern und für die Umnutzung eines gewerblich genutzten Grundstückes zur Bebauung mit Einfamilienhäusern sowie für die Umnutzung in öffentliches Grün.

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist das Plangebiet als Wohnbaufläche, Mischbaufläche und Grünfläche ausgewiesen.

Für den in Rede stehenden Bereich ist die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes in Aufstellung. Diese sieht hier eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Kultur und Freizeit und hohem Grünanteil sowie Wohnbaufläche, Grünfläche und Mischbaufläche vor.

Der Bebauungsplan wird gem. § 8 Abs.3 BauGB im Parallelverfahren zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt.

3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs.1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung (gem. § 2 Abs.1 Satz 2 BauGB) durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung zu erfolgen.

6.9. Schulentwicklungsplan 2007/2008 DS0392/06

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
WV v. 09.11.06

i.V. mit TOP 9.11 - A0214/06

Der TOP wird im Zusammenhang mit dem TOP 10.11. – A0214/06 – Weiterführung PPP-Projekt Schulen, Paket 2 und Paket 3 – behandelt.

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag DS0392/06/1 der SPD-Fraktion
Änderungsanträge DS0392/06/2 bis DS0392/06/5 und DS0392/06/7 der CDU-Fraktion
Änderungsantrag DS0392/06/6 der FDP-Fraktion
Änderungsantrag DS0392/06/8 des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion
Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters
Änderungsantrag DS0392/06/9/1 der CDU-Fraktion
Änderungsantrag DS0392/06/10 der SPD-Fraktion
Änderungsantrag DS0392/06/11 bis DS0392/06/15 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der im Ausschuss behandelten und bestätigten Änderungsanträge.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge unterbreitet nachfolgenden Verfahrensvorschlag:

1. Einbringung der DS0392/06 durch den Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch und allgemeine Diskussion
2. Diskussion zu den vorliegenden Änderungsanträgen im inhaltlichen Zusammenhang und Abstimmung zu den einzelnen Änderungsanträgen
3. Abstimmung zur Drucksache.

zu 1. Einbringung der DS0392/06

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch verweist in seinen erläuternden Ausführungen auf die Genese des Schulentwicklungsplanes und führt aus, dass die als Grundlage für die Beschlussfassung des Stadtrates im Jahr 2004 angesetzte Prognose des Wechsels zur Sekundarschule prozentual nicht erreicht wurde. Im Weiteren informiert er über die auf Grund dieser Situation mit dem Kultusministerium geführten Gespräche und der hierbei zum Ausdruck gebrachten Zielstellung der Stadt Magdeburg, die Sekundarschulen zu stärken. Im Ergebnis der Gespräche informiert er über die Erwartungshaltung des Ministeriums, dass z.B. auf Grund des Wahlverhaltens der Eltern nicht die Schüleranzahl für den Erhalt von 11 Sekundarschulstandorten erreicht werden kann. Ein Prüfergebnis, inwieweit sich dies bestätigt, wird erst im April oder Mai diesen Jahres vorliegen können. Eine weitere Erwartung seitens des Ministeriums sei die Beschreibung fester Schulstandorte. Diese könnten die Standorte sein, zu denen bereits die entsprechenden Stadtratsbeschlüsse gefasst und Fördermittelbescheide erteilt wurden. Zu den übrigen Standorten ist dem Ministerium darzustellen, wie diese durch entsprechende Maßnahmen, z.B. Veränderung der Schulbezirke, ggf. auch in einen Losverfahren, gesichert werden können. Dem Ergebnis der geführten Gespräche wird mit dem Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters Rechnung getragen.

In seinen weiteren Ausführungen verweist Herr Dr. Koch darauf, dass mit der Beschlussfassung des Stadtrates die Möglichkeit besteht, 9 Schulstandorte zu erhalten. Dies würde die Zeit einräumen, eine für die nächsten zwei Jahr qualitative Diskussion zu den Sekundarschulen zu führen.

Abschließend macht er auf das Erfordernis der Beschlussfassung zur Schulentwicklungsplanung aufmerksam, um das in der kommunalen Geschichte der Stadt Magdeburg größte Schulsanierungsprogramm vorbereiten zu können.

Eingehend auf die in der Vergangenheit gefassten Stadtratsbeschlüsse zur Schulentwicklung, welche auf Grund gesetzlicher Änderungen und verschiedener anderer Einflüsse keinen Bestand hatten hinterfragt der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning Möglichkeiten zur Erhöhung der Wertigkeit und somit der Sicherheit der Sekundarschulen. Er legt seine Auffassung dar, Maßnahmen zu ergreifen, um das Wahlverhalten der Eltern mit größerer Sachkenntnis zu unterstützen.

In Beantwortung der Nachfrage verweist der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch auf die Möglichkeit der Verbesserung der Verbindung zwischen beruflicher Bildung und Sekundarschulen, z.B. durch verstärkte Informationen der Berufsschulen zu beruflichen Bildungswegen in den Sekundarschulen. Solche Maßnahmen können jedoch seitens der Stadt Magdeburg nicht einfach verordnet werden.

Zielstellung der Verwaltung ist es derzeit, die Schulbezirke so zu gestalten, dass die Rahmenbedingungen bzgl. der Zügigkeit und der Mindestschülerzahlen erfüllt werden. Dies kann jedoch erst konkret umgesetzt werden, wenn das Ergebnis des Wahlverhaltens der Eltern vorliegt. Danach kann über ein Losverfahren versucht werden, bestehende Differenzen auszugleichen, um die Rahmenbedingungen zu erfüllen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist in seinen Ausführungen auf das Erfordernis, z.B. auf das Image der Sekundarschulen Einfluss zu nehmen und die Qualität der Sekundarschulen im Bereich der Berufsausbildung stärker zum Ausdruck zu bringen. Dieser Prozess wird aber langfristig zu führen sein. Mit dem heute zu fassenden Beschluss zur Schulentwicklung wird die Möglichkeit eröffnet, diesen Prozess zu führen. Hinsichtlich der direkten Einflussnahme auf das Wahlverhalten der Eltern sieht er jedoch keine Möglichkeiten.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass seitens des Ausschusses BSS kein vollständiges Votum zu allen vorliegenden Änderungsanträgen gegeben werden konnte, da nicht alle Anträge zur Ausschusssitzung vorgelegen haben. Dieses Votum hätte eine gute Unterstützung für die Entscheidungsfindung des Stadtrates darstellen können. Er bezeichnet eine abschließende Beschlussfassung des Stadtrates jedoch für dringend geboten und legt die Empfehlung seiner Fraktion dar, dem Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zu folgen, da dieser die Entscheidung zu den Sekundarschulstandorten betrifft und bezeichnet somit die Entscheidung zu den Standorten der Gymnasien als unproblematisch.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, zeigt sich erfreut über das Engagement der Eltern, Lehrer und Schüler der Sekundarschulen in der Diskussion zur Schulentwicklungsplanung und hebt insbesondere die Initiativen zur Profilierung der Sekundarschulen hervor. Im Weiteren geht sie auf Vorgaben des Landes zu den Sekundarschulen z.B. hinsichtlich der erforderlichen Schülerzahlen ein, die nach ihrer Auffassung gerade in diesem Bereich nicht flexibel genug sind und legt dar, dass seitens der Stadt auf Grund der Schulgesetzgebung hier keine Möglichkeiten der Einflussnahme bestehen. Sie spricht sich für eine Unterstützung der Bemühungen zum Erhalt möglichst vieler Sekundarschulstandorte aus. Insbesondere verweist sie darauf, dass den Schulen Entwicklungschancen eingeräumt werden müssen und sieht hierbei eine Möglichkeit der Unterstützung durch die Einführung eines Floating-Modells, d.h. den Ausgleich von Schülerzahlen zwischen einzelnen Schulen, um unter Umständen auch den Wettbewerb zwischen den Schulen zuzulassen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr verweist in seinen Ausführungen darauf, dass die Schulentwicklungsplanung nicht abschließend entschieden werden kann und weiter fortgeschrieben werden muss. Da Schulen nicht wie Wirtschaftsunternehmen behandelt werden können, kann auch mit einer Stadtratsentscheidung keine 100%ige Sicherheit gegeben werden. Hinsichtlich der Ablehnung des Landes zur Einführung eines Floating-Modells führt er aus, dass dieses Modell einen Synergieeffekt auf das gesamte Land auslösen könnte und die Umsetzung des Modells nicht in jedem Landkreis ohne Probleme vonstatten ginge. Eine Entscheidung des Stadtrates zu den Schulstandorten ist für ihn auch deshalb zwingend erforderlich, um zu Verhindern, dass diese Entscheidung an anderer Stelle getroffen wird und es zu Schließungen von Schulstandorten kommt, die seitens der Stadt nicht gewollt sind.

Hinsichtlich eines Wettbewerbs unter den Schulen verweist er darauf, dass dieser erst dann Sinn mache, wenn alle Schulen über die gleichen Voraussetzungen z.B. bei der Schulgestaltung, der Ausstattung und der Attraktivität verfügen. Ebenso könnte die Durchsetzung einer Dreizügigkeit bei allen Sekundarschulen von Vorteil sein.

zu 2. Diskussion zu den Änderungsanträgen im inhaltlichen Zusammenhang und Abstimmung

2.1. Änderungsanträge ohne direkte Standortentscheidung

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge benennt zu diesem Punkt die Änderungsanträge DS0392/06/2,
DS0392/06/5
DS0392/06/11 und
DS0392/06/12

- Änderungsantrag DS0392/06/2

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, informiert, dass erst im Februar hierzu eine Stellungnahme gegeben werden kann, wenn klar ist, welche Standorte für die Schülerbeförderung beachtet werden müssen. Der Änderungsantrag DS0392/06/2 wird von ihm **zurückgezogen**.

- Änderungsantrag DS0392/06/5

Der Änderungsantrag DS0392/06/5 wird seitens des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, mit dem Hinweis auf die Erhöhung der Anzahl der Sekundarschulstandorte als erledigt bezeichnet und **zurückgezogen**.

- Änderungsantrag DS0392/06/11

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte begründet mit dem Hinweis auf die schriftlichen und mündlichen Kontakte des Oberbürgermeisters zum Kultusministerium die Ablehnung des Änderungsantrages im Ausschusses BSS.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, geht umfassend auf das Anliegen des Änderungsantrages DS0392/06/11 es und begründet die Sinnhaftigkeit eines Floating-Modells.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass sich zu dieser Thematik der Kultusminister kompromisslos zeigt und das Modell kategorisch ablehnt.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet seine ablehnende Auffassung zum Änderungsantrag.

Gemäß Änderungsantrag DS0392/06/11 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mit 21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den nachfolgenden Standpunkt des Stadtrates an das Kultusministerium weiterzuleiten:

„Der Stadtrat von Magdeburg fordert die Landesregierung auf, mit den künftigen Festlegungen zur Schulentwicklungsplanung Regelungen zu treffen, wonach an Mehrfachstandorten die Möglichkeit besteht, Schülerzahlen zwischen den Einzelschulen auszugleichen, wenn die Gesamtzahl der gebildeten Klassen der maximal nach gültiger Schulentwicklungsplanverordnung zu bildenden Klassen nicht überschreitet.“

- *Änderungsantrag DS0392/06/12*

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr verweist auf den Änderungsantrag DS0392/06/10 seiner Fraktion hinsichtlich des Standortes Albert-Vater-Straße und regt an, diesen Änderungsantrag in der Beschlussfassung vorzuziehen und begründet seine Auffassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning begründet das Anliegen des Änderungsantrages DS0392/06/12 seiner Fraktion und spricht sich für eine Zustimmung aus.

Im Rahmen der weiteren Diskussion sprechen sich die Stadträte Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Schindehütte, CDU-Fraktion, und Canehl, SPD-Fraktion, für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0392/06/12 aus.

Gemäß Änderungsantrag DS0392/06/12 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Laufe dieses Jahres eine gesonderte Vorlage zur Entwicklung der Schulstandorte im Bereich der Förderschulen vorzubereiten. Dazu soll das Gespräch mit den Schulleiterinnen und Schulleitern der Förderschulen gesucht werden. In die Vorlage sollen die ersten Erfahrungen der Arbeit der Förderzentren einfließen.

2.2. *Änderungsanträge zum Standort Albert-Vater-Straße*

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge benennt zu diesem Punkt die Änderungsanträge DS0392/06/1
DS0392/06/10 und
DS0392/06/3

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung des Änderungsantrages DS0392/06/10 der SPD-Fraktion.

Der Änderungsantrag DS0392/06/3 wurde im Ausschuss BSS nicht abschließend beraten.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, macht zum Änderungsantrag DS0392/06/10 seiner Fraktion Ausführungen und spricht sich für eine Beschlussfassung aus.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, nimmt umfassend zum Änderungsantrag DS0392/06/1 Stellung und führt aus, dass dieser formell zwar nicht erfüllt sei aber letztendlich seitens der Verwaltung die Aussage gegeben wurde, die Unterbringung von drei unterschiedlichen Förderschulen am Standort A.-Vater-Straße unterzubringen nicht mehr weiter verfolgt wird. Somit könne der Änderungsantrag unter diesem Aspekt als erledigt betrachtet werden. Im Weiteren begründet er umfangreich das Anliegen des Änderungsantrages DS0392/06/10 und spricht sich für eine Zustimmung aus.

Der Änderungsantrag DS0392/06/1 wird vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr im Ergebnis der Ausführungen des Stadtrates Canehl **zurückgezogen**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion nehmen die Stadträte Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, und Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS zum Standort Albert-Vater-Straße umfassend Stellung.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS0392/06/3 seiner Fraktion und legt seine Auffassung dar, dass hinsichtlich der Thematik Förderschulen eine schulfachliche Bewertung zwingend erforderlich ist.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf den Konsens ein, dass am Standort A.-Vater-Straße eine Mischung aus Grundschulstandort und Förderschulstandort beschlossen wird und die Festlegung, welche Schulen an diesem Standort untergebracht werden, für eine Ausschreibung unerheblich sind. Er spricht sich dafür aus, die Diskussion zur Auswahl der Schulen im Rahmen eines Förderschulkonzeptes zu führen.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass seitens der Verwaltung mit der GS Stormstraße noch nicht abschließend gesprochen wurde. Hier besteht noch Diskussionsbedarf, zumal auch der Standpunkt der betroffenen Schulleitung nicht bekannt ist.

Der Stadtrat **beschließt** mit 17 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen:

Der Änderungsantrag DS0392/06/10 der SPD-Fraktion:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters DS0392/06/9 vom 15.01.2007 wird unter Ziffer 1 wie folgt ergänzt:

- das als PPP-Projekt vorbereitete Schulgebäude Albert-Vater-Straße 72 wird nach der durchgreifenden Sanierung nicht als Förderzentrum sondern zur gemeinsamen Unterbringung der Grundschulen "Am Westernplan", "Stormstraße" und der Förderschule "Salzmannstraße" genutzt.

wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge gibt den Hinweis, dass eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/3 in dem Fall erfolgt, wenn der Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters nicht die Zustimmung erhält. Bei Zustimmung zum Änderungsantrag des Oberbürgermeisters wird die textliche Fassung des Beschlussvorschlages der Drucksache durch die Fassung des Änderungsantrages ersetzt.

2.3. *Änderungsanträge zum Standort Sekundarschule „A. W. Francke“*

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge benennt zu diesem Punkt die Änderungsanträge DS0392/06/4 und DS0392/06/15

Stadträtin Bork, Fraktion Die Linkspartei.PDS, begründet den Änderungsantrag DS0392/06/15 und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr argumentiert umfassend gegen eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0392/06/15 und spricht sich für eine Sanierung des Schulstandortes Leipziger Straße im Rahmen des PPP-Programms aus.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch verweist darauf, dass der Standort Leipziger Straße für eine Wirtschaftlichkeitsanalyse im Rahmen des PPP-Programms zugrunde gelegt wurde und darauf, dass, wenn dieser Standort entgegen der ursprünglichen Beschlusslage des Stadtrates nicht bestätigt werden sollte, er nicht mehr Bestandteil des PPP-Programms sein wird. Es ist nicht möglich, ersatzweise den Standort Apollostraße in das Programm aufzunehmen

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, legt in seinen umfassenden Ausführungen seine Auffassung dar, dass der Erhalt eines bestimmten Gebäudes nicht die alles bestimmende Frage sein kann, ob dieses in das PPP-Programm aufgenommen wird und nimmt zur Rolle der GWA Stellung. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0392/06/15 aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich ebenfalls für den Erhalt des Schulstandortes im Stadtgebiet Reform aus und sieht hierin die Chance für eine weitere Stadtentwicklung in diesem Bereich.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch verweist darauf, dass bei einer Untersuchung des Standortes Apollostraße bzgl. der Aufnahme in das PPP-Programm gegen die Beschlussfassung des Stadtrates verstoßen worden wäre. Insbesondere legt er dar, dass für die Aufnahme eines Objektes in das PPP-Programm die Unabweisbarkeit der Maßnahme erbracht werden muss.

Im Rahmen der weiteren Diskussion sprechen sich die Stadträte Schindehütte, CDU-Fraktion, Boeck, Fraktion Die Linkspartei.PDS und Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, für eine Zustimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/15 aus.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr verweist in seinen Ausführungen insbesondere darauf, dass mit der Aufgabe des Standortes Leipziger Straße auch der entsprechende Beschluss des Stadtrates im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu diesem Standort aufgegeben wird.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge greift den Hinweis des Stadtrates Löhr auf und unterbreitet den Vorschlag, bei Zustimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/15 eine Ergänzung hinsichtlich einer Aufhebung der benannten Beschlussfassung vorzunehmen.

Gemäß Änderungsantrag DS0392/06/15 der Stadträtin Bork sowie der Stadträte Dr. Zimmer und Boeck, Fraktion Die Linkspartei.PDS, **beschließt** der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 6 wie folgt geändert:

Die Sekundarschule A. W. Francke verbleibt am Standort Apollostraße.

Mit dieser Beschlussfassung wird die Beschlussfassung des Stadtrates zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vom 05. 02. 2004 zur Entwicklung des Standortes der Sek. „C. Zetkin“ als bestandfähiger Standort für die Sek. „A. W. Francke“ (*Punkt 20 des Beschlussvorschlages – Beschluss-Nr. 2939-79(III)04 – letzter Satz des Beschlusstextes*) aufgehoben.

Damit hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/4 der CDU-Fraktion erledigt.

2.4. Änderungsanträge zu den Standorten Sek. „Th. Müntzer“ und Sek. „W. Busch“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge benennt zu diesem Punkt die

Änderungsanträge DS0392/06/14
DS0392/06/13 und
DS0392/06/6

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte informiert über die Gründe für das fehlende Votum des Ausschusses zu diesen Änderungsanträgen.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Änderungsantrag DS0392/06/14 ihrer Fraktion ein.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, legt seine Auffassung dar, eine Zustimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/14 akzeptieren zu können und führt aus, dass bei einer Zustimmung zu diesem Änderungsantrag die FDP-Fraktion den Änderungsantrag DS0392/06/6 zurückzieht.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt umfassend den Änderungsantrag DS0392/06/13 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0392/06/14 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

„Der Punkt 1 wird im ersten Anstrich wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt, dass beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 die Sekundarschule „W. Busch“ mit der Sekundarschule „Th. Müntzer“ am Standort Umfassungsstraße und die Sekundarschule „Fr. Naumann“ mit der Sekundarschule „O. Linke“ am Standort Schmeilstraße fusionieren. Die Fusionierung der Schulen soll jeweils zum Ende des Schuljahres 2010/11 abgeschlossen sein.“

Entsprechend Ankündigung des Stadtrates Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, hat sich mit dieser Beschlussfassung eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/6 erledigt.

Gemäß Änderungsantrag DS0392/06/13 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die DS0392/06 wird im Punkt 2 im Satz 1 und Satz 2 wie folgt **verändert**:

2. Sek „Th. Müntzer“ und Sek „W. Busch“

Die Sekundarschulen „Th. Müntzer“ und „W. Busch“ bilden bis zum Schuljahr 2009/10 einen gemeinsamen Schuleinzugsbereich. Der Unterricht wird an beiden Standorten weitergeführt. Sofern die Anmeldezahlen für beide Schulen nicht mindestens jeweils 40 Schülerinnen und Schüler erreichen, erfolgt die Bildung der 5. Klassen an der Schule mit der höchsten Anmeldezahl. Mit dem Schuljahr 2010/11 kann der Unterricht an beiden Standorten nur weitergeführt werden, wenn für beide Schulen jeweils die Mindestschülerzahl in der Anfangsklasse erreicht wird. Im anderen Fall werden beide Schulen am Standort Umfassungsstraße zusammengeführt.

2.5. Änderungsanträge zu Einzelstandorten

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge benennt zu diesem Punkt die Änderungsanträge DS0392/06/7 CDU-Fraktion und DS0392/06/8 CDU-Fraktion

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0392/06/7.

- Änderungsantrag DS0392/06/7

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0392/06/7 ein.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch geht auf die im Änderungsantrag benannte Terminstellung ein und begründet seinen Vorschlag, hier keine so konkrete Terminsetzung zu formulieren.

Entsprechend Vorschlag des Beigeordneten Herrn Dr. Koch wird die Formulierung des Änderungsantrages „... zum Schuljahresbeginn 2007 - 2008...“ ersetzt durch „...zum *nächstmöglichen Termin*...“

Gemäß redaktionell geändertem Änderungsantrag DS0392/06/7 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Die Sekundarschule „Thomas Mann“ zieht zum nächstmöglichen Zeitpunkt schrittweise in das Gebäude des ehemaligen Gymnasiums „Immanuel Kant“ ein.

- *Änderungsantrag DS0392/06/8*

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, unterbreitet zum Abstimmungsverfahren den Vorschlag, zunächst den Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters abzustimmen, da sich mit einer Zustimmung zu diesem Änderungsantrag eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/8 seiner Fraktion erledigt.

- *Änderungsantrag DS0392/06/9*

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte macht erläuternde Ausführungen zu den Abstimmungsergebnissen des Ausschusses durch Abstimmung der einzelnen Punkte des Änderungsantrages DS0392/06/9.

Er bringt den Änderungsantrag DS0392/06/9/1 ein und führt hinsichtlich des beabsichtigten Losverfahrens aus, dass diese Thematik in der Februarsitzung des Ausschusses BSS erläutert werden sollte.

Gemäß Änderungsantrag DS0392/06/9/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat bei vielen Ja-Stimmen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Beschlusspunkt 1 seines Änderungsantrages den 4. Anstrich (alt) bzw. den 5. Anstrich (neu) (- für die 9 Sekundarschulen ...) die Begriffe Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten durch konkrete Zahlen zu untersetzen. Des weiteren ist darzustellen wie die Regularien für das beabsichtigte Losverfahren festgelegt werden sollen.

Der Stadtrat **beschließt** gemäß Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters unter Beachtung des Änderungsantrages DS0392/06/9/1 der CDU-Fraktion bei wenigen Enthaltungen einstimmig:

Bezug: Beschlussvorschlag A) Sekundarschulen, Punkte 1, 2, 3, 4, 5 und 6

1. Der Stadtrat beschließt, dass:
 - im Schuljahr 2007/08 die nachstehenden 2 Sekundarschulen Sek "W. Busch" (Angliederung an die Sek "Th. Müntzer") und Sek "Fr. Naumann" (Angliederung an die Sek "O. Linke") geschlossen werden;
 - der Oberbürgermeister mit dem Ziel beauftragt wird, für die 9 verbleibenden Sekundarschulen (ohne Sportsekundarschule) für 2 Schuljahre die Schulbezirke so zugestalten, dass das erforderliche Schüleraufkommen für die Bildung der Eingangsklassen (Stufe 5) an der jeweiligen Sekundarschule erreicht wird und der Stadtrat zur Februarsitzung 2007 hierzu, nach Vorlage der Verwaltung, die entsprechenden Schulbezirke beschließen kann;
 - die über IZBB und PPP vom Stadtrat beschlossenen Schulstandorte hierbei eine langfristige Bestandsicherheit haben;
 - für die 9 Sekundarschulen Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten festgesetzt werden, so dass
 - im Ausnahmefall über ein Losverfahren die "Delegierung" von Schülern möglich ist. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Begriffe Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten durch konkrete Zahlen zu untersetzen. Des Weiteren ist darzustellen, wie die Regularien für das beabsichtigte Losverfahren festgelegt werden sollen.
2. Der Stadtrat stellt fest, dass mit Beschluss des Punktes 1 ein Rechtsanspruch auf die kostenlose Schülerbeförderung (gemäß Schulgesetz § 71 LSA; Schülerbeförderungssatzung LH MD) besteht.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulentwicklungsplanung jährlich einer kritischen Wertung zu unterziehen.

Im Ergebnis der Abstimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters wird der Änderungsantrag DS0392/06/8 der CDU-Fraktion **zurückgezogen**.

Eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0392/06/3 der CDU-Fraktion hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0392/06/9 des Oberbürgermeisters erledigt.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1336-43(IV)07

1. Der Stadtrat beschließt, dass:

- beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 die Sek „W. Busch“ mit der Sek „Th. Müntzer“ am Standort Umfassungsstraße und die Sek „Fr. Naumann“ mit der Sek „O. Linke“ am Standort Schmeilstraße fusionieren. Die Fusionierung der Schulen soll jeweils zum Ende des Schuljahres 2010/11 abgeschlossen sein.

Die Sek. „Th. Müntzer“ und Sek. „W. Busch“ bilden im Fusionsprozess bis zum Schuljahr 2009/10 einen gemeinsamen Schuleinzugsbereich. Der Unterricht wird bis zu diesem Zeitpunkt an beiden Standorten weitergeführt. Rechtfertigen in dieser Zeit die Anmeldezahlen und das Anwahlverhalten die Bildung von 5. Klassen an der Buschschule, dann wird über die Fusion neu entschieden.

Die Sekundarschule „A. W. Francke“ verbleibt am Standort Apollostraße. Mit dieser Beschlussfassung wird die Beschlussfassung des Stadtrates zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vom 05. 02. 2004 zur Entwicklung des Standortes der Sek. „C. Zetkin“ als bestandfähiger Standort für die Sek. „A. W. Francke“ (*Punkt 20 des Beschlussvorschlages – Beschluss-Nr. 2939-79(III)04 – letzter Satz des Beschlusstextes*) aufgehoben.

- der Oberbürgermeister mit dem Ziel beauftragt wird, für die 9 verbleibenden Sekundarschulen (ohne Sportsekundarschule) für 2 Schuljahre die Schulbezirke so zugestalten, dass das erforderliche Schüleraufkommen für die Bildung der Eingangsklassen (Stufe 5) an der jeweiligen Sekundarschule erreicht wird und der Stadtrat zur Februarsitzung 2007 hierzu, nach Vorlage der Verwaltung, die entsprechenden Schulbezirke beschließen kann;
- die über IZBB und PPP vom Stadtrat beschlossenen Schulstandorte hierbei eine langfristige Bestandsicherheit haben;
- für die 9 Sekundarschulen Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten festgesetzt werden, so dass
- im Ausnahmefall über ein Losverfahren die „Delegierung“ von Schülern möglich ist. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Begriffe Zügigkeiten und Aufnahmekapazitäten durch konkrete Zahlen zu untersetzen. Des Weiteren ist darzustellen, wie die Regularien für das beabsichtigte Losverfahren festgelegt werden sollen.

2. Der Stadtrat stellt fest, dass mit Beschluss des Punktes 1 ein Rechtsanspruch auf die kostenlose Schülerbeförderung (gemäß Schulgesetz § 71 LSA; Schülerbeförderungssatzung LH MD) besteht.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulentwicklungsplanung jährlich einer kritischen Wertung zu unterziehen.

B) Gymnasien

1. Kant- Gymnasium

Die GS "Am Elbdamm" verbleibt am Standort.

Die Kapazitäten des Kant-Gymnasiums werden nach erfolgter Sanierung durch die Sek "Th. Mann" nachgenutzt.

Die Sek. „Thomas Mann“ zieht zum nächstmöglichen Termin schrittweise in das Gebäude des ehemaligen Gymnasiums „Immanuel Kant“ ein.

2. W.-Raabe-Gymnasium

Zum Ende des Schuljahres 2006/07 wird das W.-Raabe-Gymnasium geschlossen und Außenstelle des G.-Scholl-Gymnasiums.

Ende des Schuljahres 2007/08 wird der Standort "Braunschweiger Straße" aufgegeben.

3. Gymnasium „Otto von Guericke“

Zum Ende des Schuljahres 2006/07 wird das Gymnasium „Otto v. Guericke“ sowie der Standort "Harsdorfer Straße" (ohne Sporthalle) geschlossen.

Die Schüler der Klassenstufe 10 (2006/07) wechseln zum Schuljahr 2007/08 an das A.-Einstein-Gymnasium.

4. Humboldt-Gymnasium

Zum Ende des Schuljahres 2006/07 wird das Humboldt-Gymnasium geschlossen und wird Außenstelle des A.-Einstein-Gymnasiums.

Ende des Schuljahres 2007/08 wird der Standort Nachtweide (ohne Sporthalle) aufgegeben.

5. Als Standort für das neue 4. kommunale Gymnasium wird die Apollostraße 17/19 entwickelt.

Die Verwaltung prüft, ob eine Förderung über das avisierte EU-Schul-Sanierungsprogramm auch für Gymnasien möglich ist. Entsprechende Förderanträge sind dann beim Fördermittelgeber zu stellen.

C) Grundschulen

GS "Rothensee"

Die SBZ-Erweiterung (Curie-Siedlung) wird mit Wirkung des Schuljahres 2007/08 zurückgenommen und wieder der GS "Am Vogelgesang" zugeordnet.

- D) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den nachfolgenden Standpunkt des Stadtrates an das Kultusministerium weiterzuleiten:

Der Stadtrat Magdeburg fordert die Landesregierung auf, mit den künftigen Festlegungen zur Schulentwicklungsplanung Regelungen zu treffen, wonach an Mehrfachstandorten die Möglichkeit besteht, Schülerzahlen zwischen den Einzelschulen auszugleichen, wenn die

Gesamtzahl der gebildeten Klassen der maximal nach gültiger Schulentwicklungsplanverordnung zu bildenden Klassen nicht überschreitet.

E) Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Laufe dieses Jahres eine gesonderte Vorlage zur Entwicklung der Schulstandorte im Bereich der Förderschulen vorzubereiten. Dazu soll das Gespräch mit den Schulleiterinnen und Schulleitern der Förderschulen gesucht werden. In die Vorlage sollen die ersten Erfahrungen der Arbeit der Förderzentren einfließen.

TOP 10.11 Weiterführung PPP-Projekt Schulen, Paket 2 und Paket 3
A0214/06

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Bezugnehmend auf die Beschlussfassung zum Schulstandort Leipziger Straße zieht der Oberbürgermeister im Paket 3 den Punkt 5 – Sek. „A. W. Francke“ Leipziger Straße zurück.

Gemäß Antrag A0214/06 des Oberbürgermeisters beschließt der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1337-43(IV)07

Sanierung folgender Schulstandorte für die Pakete 2 und 3

Paket 2

1. GS “Alt Olvenstedt”, Helmstedter Chaussee 17
2. Sek. “Thomas Mann”, Cracauer Str. 8 – 10
3. GS “Annastraße” Annastr. 17
4. Makarenko-Schule/GS “Im Nordpark”, Am Weinhof 6
5. GS “B.-Brecht-Str.”, B-Brecht-Str. 9

Paket 3

1. Standort A.-Vater-Str. 72
2. GS “Buckau”, K.-Schmidt-Str. 25
3. Sek. “H. Heine”, K. Schmidt-Str. 24
4. GS “Salbke”, Friedhofstr. 2

8. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Zur Einwohnerfragestunde waren keine Bürger anwesend.

9. Anfragen an die Verwaltung

9.1. Schriftliche Anfrage (F0006/07) der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Seniorenforum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im September 2006 fand das erste Magdeburger Seniorenforum im Ratssaal statt.

Nach dem Beispiel des Jugendforums haben sich Senioren aus Vereinen, Verbänden und Parteien aber auch als Einzelpersonen Gedanken über ihr Leben in Magdeburg gemacht und Vorschläge zur besseren Einbeziehung der älteren Generation in das gesellschaftliche Leben in der Landeshauptstadt unterbreitet oder sowohl erfreuliche aber auch problematische Dinge im Zusammenleben benannt.

Eine Vielzahl von Anträgen zu den unterschiedlichsten kommunalen Handlungsfeldern wurden gestellt und bestätigt oder abgelehnt. Diesen bestätigten Anträgen des Seniorenforums muss sich ja aber nun der Stadtrat annehmen.

Zwar haben Vertreter aus Fraktionen als Gäste dem Seniorenforum beigewohnt, aber das allein führt ja noch nicht zu Entscheidungen des Stadtrates.

Deshalb muss ich nach mehr als einem Vierteljahr fragen:

Herr Oberbürgermeister,

wann legen Sie dem Stadtrat die Anträge, die während des Seniorenforums die Zustimmung der Anwesenden erhielten, gemeinsam mit Ihrer Stellungnahme dem Stadtrat vor, damit sich der Stadtrat sachkundig mit den Inhalten befassen kann und bei Akzeptanz die zur Umsetzung erforderlichen Beschlüsse fasst?

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch die Nachfrage, wann über das Dezernat V und die Beigeordnete Frau Bröcker der Tätigkeitsbericht des Seniorenbeauftragten vorgelegt wird?

Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates, Stadtrat Ansorge

Als Moderator des Seniorenforums erklärt Stadtrat Ansorge, dass es aufgrund organisatorischer Probleme eine gewisse Zeitverzögerung gegeben habe, bis das Protokoll vorlag.. Als Mitglied des Sozialausschusses wisse er aber, dass dort einige Fragen schon angekommen sind, und der amtierende Leiter des Sozialamtes ihm mitgeteilt habe, dass die Stellungnahmen derzeit erarbeitet werden.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Bröcker

Frau Bröcker erklärte, dass nach Aussage des Seniorenbeauftragten, Herrn Schabanoski, dessen Tätigkeitsbericht Ende des Monats vorlegen wird und dieser dann sofort an die Stadtratsmitglieder weitergereicht wird.

Die Stellungnahmen zu den Anträgen des Seniorenforums, die das Dezernat V und den Gesundheits- und Sozialausschuss angehen, werden in der nächsten Sitzung des Ausschusses GeSo behandelt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ansorge, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Fragestellerin bestätigt.

9.2. Schriftliche Anfrage (F0005/07) der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Rückübertragung von Kindereinrichtungen des freien Trägers Kolping Bildungswerk

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jahr 2006 musste die Stadt erstmals an einen freien Träger übertragene Kindereinrichtungen im Prinzip zurücknehmen und mit anderen freien Trägern Übergabemodalitäten aushandeln. Der Stadtrat hat zu letzterem Beschlüsse gefasst.

Über die Fakten und Vorgänge beim freien Träger Kolping-Bildungswerk bis zu diesem neuen Übergabeprozess – unpünktliche Zahlung von Gehalt an Erzieherinnen, offene Forderungen von Ämtern der Stadt u. a. m. – ist der Stadtrat nur wenig und unzureichend informiert worden. Manches erfuhren Stadträte aus der Presse, so u. a., dass es auch Differenzen zwischen Stadt und Insolvenzverwaltung des Trägers zur Zahlung von Zuschüssen, u. a. für das Gehalt der Erzieherinnen, gegeben haben soll.

Ich möchte deshalb mit meiner Anfrage erreichen, dass dem Stadtrat umfänglicher als bisher Informationen gegeben werden.

1. Welche finanziellen Mittel wurden dem freien Träger in den einzelnen Jahren zur Sicherung der Betreuung der Kinder in den diesem übertragenen Kindereinrichtungen zur Verfügung gestellt? Wie und wann erfolgte die Prüfung der Verwendung dieser Mittel? Welche Feststellungen wurden getätigt, wie wurde gegebenenfalls nachgeprüft?

2. Welche offenen Forderungen hatte und hat die Stadt gegebenenfalls noch aus der Nutzung kommunaler Gebäude an den bisherigen Träger Kolping-Bildungswerk? Bitte detailliert nach Ämtern, Fachbereichen, gegebenenfalls Eigenbetrieben bzw. städtischen Gesellschaften. Wie und wann erfolgten Mahnungen bzw. die Beitreibung der offenen Forderungen?
3. Wie wird künftig verhindert, dass Forderungen aus Ämtern und Fachbereichen der Stadt bzw. Eigenbetrieben oder städtischen Gesellschaften gegenüber Trägern über das laufende Jahr hinaus offen bleiben? Wie ist der Informationsfluss der Ämter / Fachbereiche / Betriebe in solchen Fällen gegenüber dem Jugendamt organisiert? Wie fordert das Jugendamt Informationen von beteiligten Verwaltungsbereichen / Betrieben ab?
4. Wie hat die Stadt auf den Träger eingewirkt, dass Verpflichtungen gegenüber den Sozialkassen ... eingehalten werden? Hat der Träger alle im Frühjahr 2006 bekannt gewordenen offenen Forderungen der Sozialkassen ... im Interesse früherer städtischer Beschäftigter beglichen? Wie hoch waren diese Forderungen?
5. Welche Schlussfolgerungen hat das Jugendamt, hat die Stadt gezogen, um mögliche ähnliche Vorfälle bei anderen Trägern gar nicht erst auftreten zu lassen?
6. Wie sind grundsätzlich der Informationsfluss und die Kontrollmechanismen zwischen Jugendamt und freien Trägern organisiert um sicher zu stellen, dass die von der Stadt in erheblichem Maße zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für Personal- und Sachkosten auch dem dafür vorgesehenen Zweck zugeführt werden?
7. Wie funktioniert die Prüfung der Verwendungsnachweise im Jugendamt? Welche Ergebnisse bei anderen Trägern wurden bekannt?
8. Warum wurden Versäumnisse beim Kolping-Bildungswerk erst nach Anfrage im Stadtrat im Frühjahr 2006 bekannt und nicht im Ergebnis eigener Zusammenarbeit bzw. durch Prüfungen der Verwendungsnachweise des Trägers?
9. Haben die Entscheidungen der Stadt im Herbst 2006 – Rückabwicklung des Vertrages mit dem bisherigen Träger – zu Nachteilen für die Erzieherinnen geführt (Zusage von Gehaltszahlungen durch die Stadt, Insolvenzgeld, ...)? Wenn ja, zu welchen und wären sie im Rahmen der Übergabeverträge vertretbar?
10. Welchen sachlichen Hintergrund hat die öffentlich gemachte Äußerung der Insolvenzverwaltung des bisherigen Trägers, dass die Stadt noch Zahlungen an das Kolping-Bildungswerk zu leisten habe?
11. Ist der Stadt finanzieller Schaden entstanden? Wenn ja, wie hoch (und detailliert) und worin sieht der Oberbürgermeister die Ursachen? Wie soll eine Wiederholung vermieden werden?
12. Einer Bemerkung der Beigeordneten Frau Bröcker in einem Gespräch konnte ich entnehmen, dass das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Prüfungen bei freien Trägern, möglicherweise auch beim Kolping-Bildungswerk, vorgenommen hat. Wann kann sich, Herr Oberbürgermeister, der Stadtrat und sein vorberatender Ausschuss RPB mit dem Prüfergebnis und Ihren Schlussfolgerungen beschäftigen?

13. Wann erfolgt die im Vorjahr mit einem Stadtratsbeschluss geforderte Auswertung des gesamten Übertragungsprozesses im Rahmen eines Workshops gegenüber dem Stadtrat?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Bröcker

Frau Bröcker verweist auf die dem Jugendhilfeausschuss vorliegende I0009/07 – Aktueller Sachstand zum Kolping Bildungswerk Sachsen – Anhalt - die einen Teil der Fragen bereits beantwortete.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3. Schriftliche Anfrage (F0008/07) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Alkoholikerszene vor dem Magdeburger Gesundheits- und Veterinäramt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

vor dem Gesundheits- und Veterinäramt der Landeshauptstadt hat sich in den vergangenen Jahren eine Szene etabliert in der – für eine breite Öffentlichkeit sichtbar – alkoholische Getränke in großen Mengen konsumiert werden. Gerade vor einem städtischen Objekt in dem entsprechende soziale Dienste angeboten werden ist in dieser Frage Sensibilität gefordert.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie will die derzeitige Leitung des städt. Gesundheits- und Veterinäramtes mit der geschilderten Situation umgehen?
2. Gibt von Seiten des Amtes entsprechende Hilfsangebote, auch durch aktive Kontaktaufnahme mit den Betroffenen? Insbesondere im Hinblick auf die Aufgaben des Amtes und der Lebenswirklichkeit vor dem Amt selbst.
3. Wie sieht die Stadtverwaltung den Sachverhalt, dass sich ausgerechnet vor dem Gesundheits- und Veterinäramt eine Szene etabliert hat in der offensichtlich der Alkoholmissbrauch tagtäglich vollzogen wird?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Bröcker

In ihrer Antwort führt Frau Bröcker aus, dass eine derartige Situation an vielen Stellen in der Stadt bedauerlicherweise vorzufinden sei.

Es gäbe eine hohe Zahl von alkoholabhängigen, alkoholkranken Menschen in der Stadt, die auch im Straßenbild anzutreffen sind. Beim Gesundheits- und Veterinäramt sei die Situation auch schon sehr lange bekannt, seit ca. 10 Jahren. Dort gäbe es zwei Kioske, die alkoholische

Getränke verkaufen. Das Gesundheitsamt ist bei der Suchtprävention und auch bei der Bekämpfung von Sucht zuständig, kann aber nur tätig werden, wenn der Suchtkranke auch bereit ist, mitzuarbeiten. Mit Menschen, die keine Einsicht in ihre Erkrankung haben und nicht bereit sind, sich helfen zu lassen, kann nicht gearbeitet werden. Insofern gäbe es für diese Situation kein Patentrezept. Hilfe wird über die Suchtberatungsstellen und natürlich durch die Sozialarbeiter angeboten. Aber wenn die Betroffenen nicht mitwirken, können sie von der Suchterkrankung nicht befreit werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ansorge, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

9.4. Schriftliche Anfrage (F0010/07) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Zukunft Verkehrsprojekt Damaschkeplatz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

der Stadtrat hat sich mehrheitlich für einen qualifizierten Ausbau des Damaschkeplatzes, inkl. Tunnellösung, ausgesprochen. Immer wieder bekomme ich von Seiten der Bürgerinnen und Bürger die Frage gestellt, wie der aktuelle Sachstand zu diesem Thema ist.

Daher stelle ich Ihnen heute folgende Fragen.

1. Wie ist der aktuelle Planungssachstand zur Umsetzung dieser Baumaßnahme?
2. Welche Ergebnisse hatten die Gespräche zwischen den MVB, den Verantwortlichen bei der Deutschen Bahn AG, den potentiellen Fördermittelgebern und der Landeshauptstadt Magdeburg?
3. Welche Zeitschiene sieht die Stadtverwaltung für die Umsetzung dieser Maßnahme als realistisch an?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Marx

Herr Marx teilt zum Planungsstand des Damaschkeplatzes mit, dass vermutlich am nächsten Morgen die Unterschrift von der Deutschen Bahn AG für die Planungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Deutschen Bahn AG geleistet wird. Er informiert darüber, dass Fördermittel beantragt seien.

Allerdings stehen Gespräche mit dem Fördermittelgeber noch aus. Es sei weiterhin vorgesehen 2007/2008 mit der vorläufigen Planung zu beginnen, sodass im III. Quartal 2009 mit dem Bau begonnen werden kann.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ansorge, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

9.5. Schriftliche Anfrage (F0012/07) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Mehrgenerationenhaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die zuständige Sachverständigenkommission hat nach der Prüfung der eingegangenen Anträge das Nachbarschaftszentrum Neustädter Feld in der Othrichstraße für die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses vorgeschlagen.

Daher stelle ich folgende Frage:

- Wie ist der weitere Weg zur Errichtung eines Mehrgenerationenhauses am oben benannten Standort bzw. wie beabsichtigt die Stadtverwaltung mit dieser Entscheidung der Sachverständigen umzugehen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Bröcker

Frau Bröcker führt aus, dass die Verwaltung in der letzten Woche informiert wurde, dass der Bund das Nachbarschaftsprojekt im Neustädter Feld mit dem Mehrgenerationenprojekt fördern will. Gleichzeitig sei darüber informiert worden, dass es aus Magdeburg sechs weitere Anträge gibt. Die Konzepte seien im Detail nicht bekannt.

Die Verwaltung sei aufgefordert worden, bis zum 26. Januar 2007 eine Stellungnahme dazu abzugeben. Aufgrund der Kürze der Zeit sei aber eine Bewertung der anderen Projekte nicht möglich. Deshalb habe die Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses GeSo am 17.01.07 die Situation dargestellt und dort war die Hauptmeinung dahingehend, dass dieses Projekt so bestätigt werden soll.

Frau Bröcker stellt fest, dass das Nachbarschaftszentrum ein sehr profiliertes und aktives Projekt sei und aus ihrer Sicht einer Förderung nichts entgegensteht.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ansorge, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

9.6. Schriftliche Anfrage (F0011/07) der Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion

Tariftreue

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ein Urteil des BVerfG zum Berliner Tariftreue Gesetz macht deutlich, dass Tariftreuekriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge legal nicht angreifbar sind.

In Bezug auf die Einhaltung von Tarifverträgen bei öffentlichen Aufträgen ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Ist bereits geprüft worden, inwieweit es möglich ist, dass die Stadt soziale Kriterien wie die Entlohnung mit Tariflohn und auch umweltpolitische Aspekte bei Vergabeentscheidungen berücksichtigt?
2. Wenn ja, welche Möglichkeiten gibt es?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen nach § 8 der Geschäftsordnung.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung,
Herr Platz

Herr Platz führt aus, dass der Verwaltung die neue Rechtslage bekannt sei.

Sie sei darüber auch bereits mit dem Vergabeausschuss im Gespräch. Konkret würde derzeit an einer Kriterienliste für Umweltbelange gearbeitet:

Parallel dazu wird aber ebenso geprüft, inwieweit soziale Kriterien wie Tariftreue u.ä. bei den Vergaben berücksichtigt werden können.

Herr Platz weist in diesem Zusammenhang aber darauf hin, dass die Umsetzung des Urteils einer intensiven Vorbereitung und natürlich auch Vorberatung in den Ämtern bedarf, da es nicht in allen Vergabeangelegenheiten gleichermaßen umsetzbar sei.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ansorge, wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Fragestellerin bestätigt.

9.7. Schriftliche Anfrage (F0001/07) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Bürgerinitiative Hektorweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einem vom 8. Januar 2007 datierten Schreiben hat (sicher nicht nur) uns die Bürgerinitiative „Hektorweg“ davon in Kenntnis gesetzt, dass sich seit der Eröffnung der Großraumdiskothek

„FUNPARK“ am 21. 12. 2006 die Wohn- und Lebensqualität für die Anwohner wegen der Lärmbelästigung in den Abend- und Nachtstunden erheblich verschlechtert hat. Die Initiative nimmt Bezug auf Maßnahmen zur Verringerung der Schallimmissionen, die in einem Protokoll der Stabsstelle des Dezernates für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr vom 8. Februar 2006 festgelegt aber bis dato nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden.

Daher frage ich und bitte um eine kurze mündliche auch ausführliche Stellungnahme:

Welchen Stand der Bearbeitung haben die in o. gen. Protokoll aufgeführten Maßnahmen

1. Parkverbotszone im Bereich Pallasweg,
2. Aufschüttung eines zusätzlichen Walles entlang des Wendehammers Pallasweg und nördlich der Privatstraße in Höhe von ca. 3 m,
3. Errichtung einer Schallschutzwand am Wendehammer und im nördlichen Bereich zur Grundstücksgrenze Tep & Tap (Höhe Schallschutzwand 1 m + Höhenversprung 1 m = 2 m).

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Marx

Herr Marx informiert in seiner Antwort darüber, dass Vertreter der Bürgerinitiative am vergangenen Freitag bei ihm vorgesprochen haben. Die dargestellte Sachlage sei für ihn durchaus nachvollziehbar.

Er erklärte, dass eine Schallschutzwand noch nicht vollständig montiert sei. Ebenso sind Abzäunungen noch nicht vollständig montiert. Dies seien aber notwendige Arbeiten, um eine Erschließung über den Hektorweg zu gewährleisten.

Es sei bekannt, dass sich die jugendlichen Erwachsenen nicht an die Vorschriften halten.

Bezüglich der Parkverbotszone im Bereich Palasweg führte er aus, dass dort bereits Schilder aufgestellt wurden, die aber von den Jugendlichen zwischenzeitlich abmontiert worden seien. Die Schilder wurden bereits wieder aufgestellt.

Verschärft würde die Situation auch durch den Fakt, dass dort eine Endhaltestelle der Straßenbahnlinie sei, an der sich die jugendlichen bekanntermaßen gern trafen.

Er weist aber auch auf andere Probleme hin, an deren Lösung die Verwaltung aber arbeite.

Herr Marx informiert über noch ausstehende Gespräche mit der Bürgerschaft und dem Betreiber der Großdisco. Er sichert zu, vom Sachstand den Stadtrat zu informieren.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister, Herr Dr. Trümper, dass sich in der 4. Kw die Betreiber zu einem Gespräch bei ihm angemeldet hätten.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8. Schriftliche Anfrage (F0009/07)des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kassenkredite

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Ratsbrief Nr.33 des Deutschen Städtetages steht unter der Überschrift „Wachsende Einnahmen, aber hohe Kassenkredite“:

„.....Kredite zur Finanzierung laufender Ausgaben in Höhe von 27,6 Mrd. Euro aufgenommen gehabt. Diese Kredite seien leider bislang von den Statistiken über die Schulden der Städte nicht erfasst, da sie in den genehmigten Haushaltsplänen nicht enthalten seien. Dabei sind diese Kredite in Wahrheit die schlimmsten Schulden, da sie nicht für Zukunftsinvestitionen aufgenommen werden, sondern für die Erfüllung laufender Zahlungsverpflichtungen.“

Da die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben den weitaus größten Teil der Haushaltsdurchführung einnimmt, bedeutet diese Situation, dass wir uns – um übertragene Aufgaben durchführen zu können – mittels des Systems der Kassenkredite zum Vorteil von Land und Bund weiter verschulden.

Dazu folgende Fragen:

1. Wie hoch ist der Schuldenstand der Kassenkredite des Jahres 2006 per 31. 12.06?
2. Welcher Umfang an Zinsen ist für aufgenommene Kassenkredite des Jahres 2006 aus dem Verwaltungshaushalt insgesamt zu zahlen? In Anspruch genommene Kassenkreditmöglichkeiten aus den Eigenbetrieben sollen bei der Beantwortung mit einbezogen werden.
3. In welchem Maße werden Bund und Land die Zinslasten bezüglich des Anteils für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben in Rechnung gestellt?

Antwort des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper informiert darüber, dass er am heutigen Tag gemeinsam mit dem Bürgermeister Herrn Czogalla im Rahmen des Haushaltsgenehmigungsverfahrens im LVA in Halle gewesen sei.

Er stellt klar, dass bei der Bewertung der Schuldenlast die Kassenkreditzinsen mit einbezogen werden. Insgesamt seien für das Jahr 2006 ca. 3,7 Millionen an Zinsen gezahlt worden.

Es gäbe aber kein Kassenkreditvolumen per 31. 12. Es wird zu jedem Stichtag berechnet, weil das jeden Tag anders ist. Ein zu addierendes Volumen gäbe es nicht.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.9. Schriftliche Anfrage (F0003/07) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM

Grabungen am Fürstenwall

Zu den geologischen Grabungen am Fürstenwall an den alten Festungsanlagen erbitten wir die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welchen Umfang haben diese Ausgrabungen gegenwärtig?
2. Welche Nutzungen sind für die Freilegungen vorgesehen?
3. Werden die Freilegungen auch einer touristischen Nutzung zugeführt werden?
4. Welche Kosten entstehen für die Restaurierung bzw. Konservierung für die Stadt?
5. Ist bereits bekannt, welche weiteren Grabungen noch vorgesehen sind?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Marx

Herr Marx führt in seiner Antwort aus, dass in der Bastion Klewe durch Zufall ein Fluchttunnel innerhalb von Ausgrabungsarbeiten gefunden worden sei.

Die Festungsanlage soll denkmalrechtlich aber auch touristisch im Hofbereich genutzt werden.

Größere Bereiche, als jetzt ausgegraben, werden aufgrund der alten Pläne nicht

Es sei auch nicht beabsichtigt, weitere Grabungen vorzunehmen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.10. Schriftliche Anfrage (F0007/07) des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS

KJFE Rogätzer Straße

Inbetriebnahme der KJFE Rogätzer Straße

Mit großem Bahnhof und städtischer Prominenz wurde bereits vor über vier Wochen im Monat Dezember –gleich einem vorfristigem Weihnachtsgeschenk möchte man meinen - die Schlüsselübergabe der für 950.000 €neu errichteten KJFE in der Rogätzer Straße gefeiert.

Nun, einen guten Monat später, scheint sich das zu bewahrheiten, was meine Fraktion und ich bereits seit Einbringung der DS 0161/06 mit dem etwas irreleitenden Titel zur “Standortentwicklung in der Alten Neustadt” - denn die in diesem Kontext bereits geschlossene

KJFE "Kivi" liegt bekanntermaßen in Nord - nachdrücklich und wiederholt kritisiert haben: Nicht nur, dass entgegen ursprünglicher Beschlusslagen inkl. des "Sasse"-Klubs nunmehr gleich zwei Einrichtungen geschlossen wurden, ist der Schlüssel zur neuen Einrichtung zwar schon mal eben feierlich und medienwirksam übergeben, doch scheint er wohl nicht zu passen, denn die Türen der neuen KJFE in der Rogätzer Straße bleiben verschlossen und die Kinder und Jugendlichen draußen.

Das nimmt auch kaum Wunder, wenn man weiß, dass in der o.g. Drucksache ohnehin an drei verschiedenen Stellen auch scheinbar vorsorglich gleich drei verschiedene Termine zur Fertigstellung genannt werden ("Baufertigstellung im September 2006", zwei Seiten weiter an anderer Stelle "Baufertigstellung voraussichtlich Ende des Jahres" und wiederum auf einer anderen Seite ist von einer Übergangslösung für die Sommermonate die Rede). Allerdings ist davon mittlerweile nun auch schon der letzte Termin verstrichen, so dass...

ich daher den Oberbürgermeister bzw. die Stadtverwaltung fragen möchte:

Was sind die konkreten Gründe für diese Verzögerung und wann endlich wird diese neue Kinder- und Jugend-Freizeiteinrichtung nicht nur der Stadtverwaltung sondern tatsächlich auch den eigentlichen Nutzern, nämlich den Kindern- und Jugendlichen übergeben?

Was tat und tut das zuständige Jugendamt, um diesen Zeitraum zu überbrücken und diese bedauerliche Situation etwa mit zusätzlichen Maßnahmen zu kompensieren? Welche Angebote wurden unterbreitet und wie wurden sie angenommen.

Wie wurden die Kinder- und Jugendlichen selbst über die Nicht-Inbetriebnahme und deren Gründe informiert?

Warum wurde es nicht für nötig befunden, wenigstens den Fachausschuss über diese Verzögerung zu informieren?

Sollte eine verspätete Inbetriebnahme absehbar gewesen sein, warum wurde dann bereits im Dezember die Schlüsselübergabe gefeiert?

Was wird aus dem geschlossenen "Sasse"-Klub und wer ist Veranstalter der dort zwischenzeitlich stattgefundenen Partys, die stellenweise zu großem Unmut in der benachbarten Bevölkerung führten?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Frau Bröcker

Frau Bröcker erklärt, dass es sich bei der Schlüsselübergabe um einen symbolischen Akt gehandelt habe. Dies sei auch allen Beteiligten klar gewesen.

Die Inbetriebnahme der Einrichtung war für einen späteren Zeitpunkt geplant. Es gäbe auch noch einige technische Details, die zwischen dem Kommunalen Gebäudemanagement für die abschließende Übergabe erledigt werden müssen durch KGE. Und das ist noch nicht der Fall. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass dies in den nächsten Wochen passiert.

Die Jugendlichen seien über den Sachverhalt die ganze Zeit informiert worden. Durch sie sei auch die Eröffnungsveranstaltung vor diesem Hintergrund organisiert worden.

Zum 01.02.07 soll die Einrichtung nach der derzeitigen Planung in Betrieb gehen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

10. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

10.1.	Die Arbeit der ARGE effektivieren	A0177/05
	Fraktion Die Linkspartei.PDS	
	WV v. 04.05.06	

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0177/05/2.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss RPB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG hat den Antrag zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Dr. Hildebrand, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt umfassend zum Antrag A0177/05 Stellung und macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0177/05/4 seiner Fraktion ein und verweist auf eine redaktionelle Änderung der Terminstellung im Punkt 6 des Beschlussvorschlages. Hier muss es heißen:

... bis zum *September 2007*...

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt zum Änderungsantrag A0177/05/2 des Ausschusses GeSo Stellung. Mit dem Hinweis, dass alle vorliegenden Änderungsanträge das Grundanliegen zur Durchführung einer grundsätzlichen Analyse über die Tätigkeit und Wirksamkeit der ARGE beinhalten, legt er seine Auffassung dar, auch dem Änderungsantrag A0177/05/4 zustimmen zu können.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning erläutert umfassend die ablehnende Auffassung seiner Fraktion zu den vorliegenden Änderungsanträgen. Er geht u.a. auf die Beschäftigungssituation der ARGE ein und verweist auf das Erfordernis, die Kompetenz der Mitarbeiter auf der Grundlage von Qualifizierungsmaßnahmen zu erhöhen. Diese Zielstellung soll durch die Umsetzung des eingebrachten Antrages A0177/05 erreicht werden.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist im Rahmen seiner Ausführungen zum Änderungsantrag A0177/05/3 seiner Fraktion darauf, dass es sich bei der ARGE um eine Gesellschaft handelt und macht auf gesellschaftsrechtliche Probleme im Falle einer Beschlussfassung zum A0177/05 aufmerksam. Er begründet seine Auffassung, dass seitens des Stadtrates keine Beschlussfassung zur juristischen Person ARGE gefasst werden kann.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bestätigt die Auffassung des Stadtrates Westphal. Hinsichtlich der in der Stellungnahme der Verwaltung benannten Vorgaben der Bundesagentur bzgl. der Einrichtung eines Controllingsystems und des Vergleichs der Ergebnisse innerhalb der ARGE'n unterbreitet sie das Angebot, diese dem Stadtrat zur Verfügung zu stellen. Im Weiteren informiert sie über durchgeführte Prüfungen seitens des Landesrechnungshofes, des Rechnungsprüfungsamtes sowie einer Organisationsuntersuchung zur Angemessenheit des städtischen Anteil an den Verwaltungskosten. Die Beigeordnete Frau Bröcker gibt die Empfehlung, dem Anliegen des Änderungsantrages A0177/05/2 des Ausschusses GeSo zu folgen und legt dar, dass eine entsprechende Berichterstattung über die Geschäftsführung der ARGE noch im 1. Halbjahr 2007 erfolgen könnte.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sieht ebenfalls erheblichen Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Arbeitsweise, in der Vermittlungstätigkeit und der gesamten Qualifikation der ARGE. Hier entsprechende Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der ARGE zu erarbeiten, bedarf jedoch keiner speziellen Beauftragung, da dies seitens der Stadt bereits wahrgenommen wird. Für eine Einbeziehung externer Partner bzw. der Hochschule sieht er kein Erfordernis.

Im Ergebnis der geführten Diskussion wird der Antrag A0177/05 vom Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning, bis zur Vorlage der von der Beigeordneten Frau Bröcker zugesicherten Information von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Abwesend

Czogalla, Olaf
Danicke, Martin
Grünert, Gerald
Heendorf, Michael
Meinecke, Karin
Meinecke, Sven
Seifert, Eberhard
Veil, Thomas